

Sitzungsvorlage-Nr. 50/2871/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Wohnen	20.06.2023	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Örtliche Planung**Sachverhalt:**

Gemäß § 7 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG) sind die Kreise und kreisfreien Städte verpflichtet, alle zwei Jahre eine Örtliche Planung zu erstellen, die der Analyse der bestehenden Pflegeinfrastruktur dient.

In diesem Jahr soll neben der Örtlichen Planung nach den Vorgaben des APG außerdem eine Örtliche Planung im Bereich der Eingliederungshilfe/Behindertenhilfe erstellt werden, um auch in diesem Bereich eine Ermittlung des Status Quo und eine Analyse von Handlungsbedarfen zu erarbeiten.

Nach vorangegangenem Interessenbekundungsverfahren wurden seitens der Vergabestelle der Kreisverwaltung zwei Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Beide Unternehmen haben jeweils für beide Ausschreibungslose ein form- und fristgerechtes Angebot abgegeben.

Los 1: Erstellung der Örtlichen Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz.

Los 2: Erstellung einer Örtlichen Planung für den Bereich der Eingliederungshilfe.

Im Auswertungsverfahren wurden beide Lose zunächst getrennt betrachtet. Da sich in der jeweiligen Darstellung der Einzelaspekte keine Unterschiede ergaben, wurden für die Gesamtauswertung beide Lose zusammen betrachtet. Nach Auswertung aller Unterlagen und Kriterien wurde der Zuschlag für beide Lose an das ALP-Institut Hamburg erteilt, das bereits 2017 die Örtliche Planung nach dem APG im Auftrag der Kreisverwaltung erstellt hat.

Im Rahmen der Erstellung der beiden Gutachten sollen auch die Bürgerinnen und Bürger des Kreisgebiets über ein Online-Tool der Kreisverwaltung beteiligt werden. Zudem werden auch weitere Stakeholder im Rhein-Kreis Neuss (kreisangehörige Gemeinden, Wohlfahrtsverbände, Pflegeeinrichtungen, Senioren- und Behindertenvertretungen usw.) im Rahmen von Experteninterviews und Arbeitsgruppen einbezogen. Entsprechende Lenkungsgruppen und Workshops werden von der Kreisverwaltung koordiniert und organisiert.

Beide Gutachten sollen bis Ende Oktober fertiggestellt und anschließend im Ausschuss für Soziales und Wohnen vorgestellt werden.